Stadt Oberhausen	**30.09.2013 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

32. Sitzung des Rates der Stadt

Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Anwesende

Herr Oberbürgermeister Klaus Wehling — Vorsitzender

Herr Wolfgang Große Brömer MdL
Frau Bürgermeisterin Elia Albrecht-Mainz
Herr Arndt Barkowsky
Herr Jörg Bischoff
Frau Sonja Bongers
Frau Beatriks Brands
Herr Hubert Cordes
Herr Karl-Heinz Emmerich
Herr Manfred Flore
Herr Jürgen Grefermann
Frau Anne Janßen
Herr Dieter Janßen
Frau Angelika Jäntsch
Herr Klaus Kösling
Frau Kirsten Oberste-Kleinbeck
Herr René Pascheberg
Frau Dorothee Radtke
Herr Ulrich Real
Herr Alfred Röder
Herr Stefan Scheffler
Frau Uly Stroh
Herr Ercan Telli
Herr Dirk Vöpel
Frau Helga Weingärtner
Frau Ursula Wingens
Herr Horst Wolter
Herr Stefan Zimkeit

Herr Daniel Schranz
Herr Bürgermeister Klaus-Dieter Broß
Herr Frank Bandel
Herr Christian Benter
Herr Dr. Udo Kelsch
Herr Hans-Jürgen Köhler
Frau Christa Müthing
Herr Hans-Jürgen Nagels

Herr Werner Nakot
Herr Denis Osmann
Frau Marlies Plitt-Vogt
Herr Dirk Rubin
Herr Hermann-Josef Schepers
Frau Georgis Schmidt
Frau Simone-Tatjana Stehr
Herr Hans Josef Tscharke
Frau Ulrike Willing-Spielmann
Herr Hermann Wischermann
Frau Marita Wolter

Frau Regina Wittmann
Frau Bürgermeisterin Stefanie Opitz
Frau Michaela Flötgen
Frau Sandra Gödderz
Herr Peter Plew

Herr Yusuf Karacelik
Herr Jens Carstensen
Frau Ingrid Diepenbrock
Frau Petra Marx

Herr Hans-Otto Runkler
Herr Gerd Arlt
Frau Regina Boos
Herr Immanuel Schuler

Herr Dirk Paasch

Verwaltung

Herr Dezernent Jürgen Schmidt	Dezernat 0
Herr Beigeordneter und StK Apostolos Tsalastras	Dezernat 1
Herr Beigeordneter Frank Motschull	Dezernat 2
Frau Beigeordnete Sabine Lauxen	Dezernat 4
Herr Beigeordneter Peter Klunk	Dezernat 5
Frau Jutta Bach	Bereich 0-1
Herr Martin Berger	Bereich 9-7
Frau Britta Costecki	Bereich 0-4

32. Sitzung des Rates der Stadt

Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Außerdem

Herr Yusuf Giraz	Integrationsrat
Herr Heiko Blumenthal	Geschäftsführer SPD-Fraktion
Herr Hannes Fritsche	Geschäftsführer CDU-Fraktion
Herr Armin Röpell	Geschäftsführer Fraktion DIE GRÜNEN
Herr David Driever	Geschäftsführer Linke.Liste-Fraktion

Abwesende

Herr Peter Koppers	entschuldigt
Herr Ertekin Aksünger	entschuldigt
Herr Erster Beigeordneter Reinhard Frind	entschuldigt

Formelle Feststellungen und Hinweíse durch OB Wehling

- **OB Wehling** eröffnet die 32. Sitzung des Rates und begrüßt alle sehr herzlich, darunter den Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Giraz, die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne sowie die Vertreter/-innen der Medien.

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind Stadtv. Koppers und Aksünger.

Anwesend zu Beginn der Sitzung sind demnach 61 Mitglieder des Rates.
Der Rat ist beschlussfähig.

Die Einladung mit den Unterlagen sind den Mitgliedern des Rates am 20.09.2013 form- und fristgerecht zugeleitet worden.

Nachgereicht wurde am 23.09.2013 vom Bereich Recht die Drucksache:

. B15/2892-02/OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM)
hier: Änderung der Vertragsbeziehungen zur Stadt im Rahmen der Haushaltssanierung unter Beachtung der Begutachtung durch die Firma Ernst & Young Real Estate GmbH

Aus aktuellem Anlass regt er an, die Tagesordnung um folgenden TOP zu erweitern:

. Verlängerung der Konsolidierungsfrist im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes
hier: Bericht über das Gespräch mit der Bezirksregierung Düsseldorf am 26.09.2013
StK Tsalastras hat bereits im HFA darauf hingewiesen, die Mitglieder des Rates über die Gesprächsinhalte zu unterrichten.

OB Wehling schlägt vor, diesen unter TOP 5 zu beraten. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Am 26.09.2013 erhielten die Stadtverordnerten noch die Drucksache:

. B/15/3031-01/ Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Errichtung einer PRIMUS-Schule, Genehmigungsantrag bei der Bezirksregierung Düsseldorf
hier: geänderter Beschlussvorschlag zur Drucksachen-Nr. B/15/2887-01

OB Wehling schlägt vor, diese unter TOP 17 **neu** zu behandeln. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Ort, Zeit und die ursprüngliche Tagesordnung der heutigen Sitzung sind im „Amtsblatt für die Stadt Oberhausen“ vom 25.09.2013 sowie im Ratsinformationsdienst unter ALLRIS Bürgerinfo öffentlich bekannt gemacht worden.

Auf die Frage, ob es Anregungen, Einwendungen, Änderungs- oder Absetzungsvorschläge, zur geänderten Tagesordnung gibt oder ob Anträge auf öffentliche oder nichtöffentliche Behandlung von Drucksachen vorgesehen sind, weist **Stadtv. Große Brömer** bereits an dieser Stelle darauf hin, dass seine Fraktion zu TOP 23.3 ein Wortprotokoll beantragen wird.

OB Wehling stellt fest, dass keine weiteren Anmerkungen gemacht werden.

Stadt Oberhausen	**30.09.2013 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
32. Sitzung des Rates der Stadt **Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen**		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1 Aktuelle Stunde

2 Bestellung eines Beigeordneten zum Ersten Beigeordneten
Vorlage: B/15/2978-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Brands

3 Dezernatsverteilungsplan
Vorlage: B/15/3014-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Brands

4 Wahl einer Beigeordneten/eines Beigeordneten für das Dezernat 3
Vorlage: B/15/2999-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Brands

5 Verlängerung der Konsolidierungsfrist im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes
Hier: Bericht über das Gespräch mit der Bezirksregierung Düsseldorf am 26.09.2013
Berichterstatter: StK Tsalastras

6 OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM)
hier: Änderung der Vertragsbeziehungen zur Stadt im Rahmen der Haushaltssanierung unter Beachtung der Begutachtung durch die Firma Ernst & Young Real Estate GmbH
Vorlage: B/15/2892-02

7 Jugendzentrum Oberhausen
Vorlage: B/15/3006-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Brands

8 Einrichtung und externe Besetzung einer Teilzeitstelle im Bereich 3-4/Gesundheitswesen zur Umsetzung der Zweiten Verordnung zur Änderung der Trinkwasserverordnung
Vorlage: B/15/3001-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Brands

9 Abschluss einer Ergänzungsvereinbarung zwischen den Städten Mülheim, Essen und Oberhausen zur Umsetzung des Betreuungsgeldgesetzes
Vorlage: B/15/3011-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Brands

10 Verlagerung des städtischen Archivs vom derzeitigen Standort Tackenberg zur ehemaligen Hauptschule Lirich
Vorlage: B/15/2977-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Brands

11 Stadtsparkasse Oberhausen
hier: Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 / Entlastung der Organe
Vorlage: B/15/2954-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Brands

12 VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages
Vorlage: B/15/2998-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Brands

13 Neufassung der Satzung des Beirats für Menschen mit Behinderungen
Vorlage: B/15/2982-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Brands

14 Fortführung des Landesprogramms ‚Jedem Kind ein Instrument" an Oberhausener Grundschulen im Schuljahr 2013/2014
Vorlage: B/15/2997-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Brands

15 Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 04 - Kultur und Wissenschaft -
hier: Produkt 040301/Ludwig Galerie Schloss Oberhausen
Vorlage: B/15/2986-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Brands

16 Verordnung über das Offenthalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2014
Vorlage: B/15/2848-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Brands

17 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Errichtung einer PRIMUS-Schule, Genehmigungsantrag bei der Bezirksregierung Düsseldorf,
hier: geänderter Beschlussvorschlag zur Drucksachen-Nr. B/15/2887-01
Vorlage: B/15/3031-01

18 Beschluss der Abfallsatzung der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/15/2947-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Brands

19 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln bezüglich der Fördermaßnahme Zilianplatz
Produktgruppe PN 0902 - Räumliche Entwicklung - Finanzposition 720000
Vorlage: B/15/2972-01

20 Umsetzung des Klimaschutz- und Wärmenutzungskonzeptes Oberhausen
Vorlage: B/15/2991-01

21 "Soziale Stadt - Innenstadt Alt-Oberhausen"
Aktualisierung der Förderanträge 2013/2014
Vorlage: B/15/3012-01

22 Berichte der Verwaltung

22.1 3. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gem. § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2013.
Vorlage: M/15/3000-01

23 Anträge

23.1 Umbesetzung in Fachausschüssen
Vorlage: A/15/2992-01

23.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN:
Verantwortung wahrnehmen - Oberhausen bürgernah, wirtschaftlich, sozial und umweltfreundlich weiterentwickeln
Vorlage: A/15/3028-01

23.3 Antrag der LINKE.LISTE Ratsfraktion
Abberufung des Betriebsleiters der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen und Erteilung einer Weisung an den Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der ASO gGmbH
Vorlage: A/15/3015-01

Stadt Oberhausen	**30.09.2013 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
32. Sitzung des Rates der Stadt **Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen**		

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Aktuelle Stunde

Es liegen keine Anträge vor.

2. Bestellung eines Beigeordneten zum Ersten Beigeordneten Vorlage: B/15/2978-01

OB Wehling weist darauf hin, dass im HFA die Vorberatung bis zur heutigen Ratssitzung ausgesetzt wurde.
Stadtv. Schranz signalisiert Ablehnung zu den drei Drucksachen unter TOP 2-4. Im Ergebnis bestätigt die Rot-Grüne Koalition damit, dass sie die Opposition nicht im Verwaltungsvorstand haben möchte. Das bedauert er sehr. Das Auseinanderreißen des Dezernats 5 zeigt darüber hinaus, dass hier eine für ihn wenig bis nicht sachgerechte Aufteilung der Bereiche erfolgt. Nach seiner Auffassung fehlt eine Strategie. Das wird deutlich an der Diskussion hinsichtlich der Zuordnung des Bereichs Soziales.
Stadtv. Große Brömer zeigt auf, dass es zu TOP 4 keine Bewerbung seitens der CDU-Fraktion gegeben hat. Aus der Bewerberliste konnte er das nicht entnehmen.
OB Wehling macht darauf aufmerksam, dass den Fraktionen alle Bewerber mitgeteilt worden sind. Ein Vorschlag der CDU-Fraktion war nicht dabei.
Stadtv. Schranz stellt klar, dass er die Vorschlagsliste erst erhalten hat, nachdem die SPD ihre Empfehlung bereits eingereicht hatte.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und der Stimme des Stadtv. Paasch mit Mehrheit folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt beschließt die Bestellung den Herrn Beigeordneten und Stadtkämmerers Apostolos Tsalastras zum Ersten Beigeordneten mit Wirkung vom 01.10.2013. Ab Übernahme der zusätzlichen Ersten Beigeordneten-Funktion richtet sich die Besoldung des Herrn Tsalastras nach B 5 Bundesbesoldungsordnung (BBesO). Die von Herrn Tsalastras verwaltete Planstelle wird ab dem 01.10.2013 nach B 5 ku B 6 BBesO im Stellenplan 2014 ausgewiesen; Herr Tsalastras wird ab diesem Zeitpunkt auf die Warteliste für eine spätere Ernennung/Beförderung nach B 6 BBesO genommen."

3. Dezernatsverteilungsplan
Vorlage: B/15/3014-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und der Stimme des Stadtv. Paasch mit Mehrheit folgenden Beschluss:

"1. Der Rat der Stadt beschließt gem. § 73 (1) Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die Festlegung der Geschäftskreise der Beigeordneten ab dem 01.10.2013 entsprechend der anliegenden Übersicht.

2. Die Reihenfolge der Vertretung des Oberbürgermeisters im Falle der Verhinderung des allgemeinen Vertreters beschließt der Rat der Stadt gemäß § 68 (1), Satz 2 und 3 GO NRW wie folgt:

1. **Herr Tsalastras**
2. **Herr Motschull**
3. **Frau Lauxen**
4. **N.N.**

3. Der Rat der Stadt nimmt die Regelung der Vertretungen in den einzelnen Dezernaten wie folgt zur Kenntnis:

	Leitung	Vertretung
Dezernat 0 / Verwaltungsführung	Herr Wehling	Herr Schmidt
Dezernat 0 / Personaldezernat	Herr Schmidt	Herr Wehling
Dezernat 1 / Finanzen, Kultur	Herr Tsalastras	Herr Motschull
Dezernat 2 / Bürgerservice, öffentliche Ordnung, Sport, Bauen	Herr Motschull	Frau Lauxen
Dezernat 3 / Familie, Bildung, Soziales	N.N.	Herr Tsalastras
Dezernat 4 / Umwelt, Gesundheit, ökologische Stadtentwicklung, -planung"	Frau Lauxen	N. N.

4. Wahl einer Beigeordneten/eines Beigeordneten für das Dezernat 3
Vorlage: B/15/2999-01

OB Wehling weist darauf hin, dass sich im Ältestenrat die Fraktionen auf eine offene Abstimmung gemäß § 50 Abs. 2 GO NRW verständigt haben. Der Ordnung halber stellt er auch in der Ratsitzung die Frage, ob jemand der offenen Abstimmung widerspricht und stellt fest, das ist nicht der Fall. Die Drucksache wurde bereits im HFA ergänzt um den Namen von Frau Münich. Als Dienstbeginn ist nach Abstimmung mit dem Oberbürgermeister der Stadt Aachen der 01.01.2014 vorgesehen.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion und des Stadtv. Paasch mit Mehrheit folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt beschließt,

Frau Elke Münich

unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von acht Jahren zur/zum Beigeordneten der Stadt Oberhausen für das Dezernat 3 zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu ernennen.

Die Besoldung richtet sich gem. Eingruppierungsverordnung nach B 4 Bundesbesoldungs-ordnung (BBesO)."

5. Verlängerung der Konsolidierungsfrist im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes
Hier: Bericht über das Gespräch mit der Bezirksregierung Düsseldorf am 26.09.2013

OB Wehling informiert die Mitglieder des Rates darüber, dass der Kämmerer in der letzten Woche ein Gespräch mit der Bezirksregierung führte und nun über das Ergebnis berichten wird.
StK Tsalastras erläutert, dass Anlass für das Gespräch mit der Bezirksregierung der Antrag der Stadt Oberhausen bei der Bezirksregierung und dem Innenministerium auf Verlängerung der Konsolidierungsfrist auf das Jahr 2018 war. Die Bezirksregierung hat mitgeteilt, dass nach Rücksprache mit dem Innenministerium einer Verlängerung um ein Jahr zugestimmt wird. Mit dieser Entscheidung war die Stadt Oberhausen nicht einverstanden. Daraufhin wurde Einigkeit darüber erzielt, nach zwei Wochen nochmals zusammenzukommen um von der Bezirkregierung den endgültigen Verlängerungszeitraum mitgeteilt zu bekommen. Die Bezirksregierung wurde um eine individuelle Betrachtung und Bewertung der einzelnen Kommunen gebeten. Vor diesem Hintergrund schlägt er eine Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.11.2013 vor. In

dieser Sitzung würde der Haushaltsanierungsplan 2014 ff. und 2013 ff. sowie der Haushaltssanierungsplan 2014
vorberaten. Der ursprüngliche Sitzungstermin ist der 14.10.2013 und liegt einen Tag nach dieser soeben genannten Zweiwochenfrist. Darüber hinaus regt er an, bei Bedarf nach der Sitzung des HFA am 14.10.2013 das Begleitgremium einzuberufen.
Stadtv. Schranz fragt nach der Auswirkung auf den Haushalt 2014 - 2017, falls die Bezirksregierung bei ihrer Auffassung der Bewilligung einer einjährigen Verlängerung der Konsolidierungsfrist bleiben sollte.
StK. Tsalastras teilt mit, dass die Stadt Oberhausen Stärkungspaktmittel in Höhe von ca. 51 Mio. € weniger erhalten würde und damit eine zusätzliche jährliche Einsparung von 3 - 5 Mio. € notwendig wird.
OB Wehling erinnert an die eingangs durch StK. Tsalastras vorgeschlagene Sondersitzung des HFA am 04.11.2013 und bittet die Fraktionen, sich darauf einzurichten. Rechtzeitig vor dem 04.11.2013 wird der Beginn der Sitzung mitgeteilt.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

6. OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM)
hier: Änderung der Vertragsbeziehungen zur Stadt im Rahmen der Haushaltssanierung unter Beachtung der Begutachtung durch die Firma Ernst & Young Real Estate GmbH
Vorlage: B/15/2892-02

An der lebhaften Diskussion haben sich **Dez. Schmidt, Stadtv. Carstensen, Nakot, Beig. Motschull, Stadtv. Runkler, Große Brömer, Schranz, Paasch und Zimkeit** beteiligt.
Dez. Schmidt erläutert zu Punkt 6 des Beschlussvorschlages, dass es zwischenzeitlich konstruktive Gespräche mit dem Personalrat und der Gleichstellungsstelle über die Inhalte der Verträge gegeben hat. Im Fokus stand dabei die Abstimmung zu den Themenbereichen IT, Immobilienmanagement und Arbeitssicherheit. Der Personalrat hat einen Initiativantrag zu dem zuletzt genannten Bereich gestellt mit dem Ziel der Rückführung dieses Aufgabenfeldes von der OGM zur Kernverwaltung. Zurzeit wird geklärt, ob die Einleitung eines Einigungsstellenverfahrens notwendig ist. Zur Beschreibung des Soll-Zustandes ab der Zeile 238 in der Begründung ergänzt Dez. Schmidt, dass die Beschreibungen im Wesentlichen auf den Grundlagen basiert, die OGM aktuell nutzt, um die europaweiten Ausschreibungen zu realisieren. Dabei ist bislang unterblieben, die Punkte aufzugreifen, die in der ergänzenden Antragstellung von SPD und Grünen am 15.07.2013 angesprochen wurden. Bei der Beschreibung des Soll-Zustandes sollte auch darauf geachtet werden, dass es einen effizienten Umgang mit Ressourcen gibt. Ferner sollten Spartechniken eingesetzt werden, die am Ende auch zu Einspareffekten führen. Diese Punkte stehen bei der weiteren Arbeit im Fokus. Sie sind unterblieben, weil die Abstimmungen zur europaweiten Ausschreibung noch nicht abschließend stattgefunden haben. Er bittet hier um Nachsicht.
Nach Auffassung von **Stadtv. Carstensen** handelt es sich vorliegend um massive Leistungsverschlechterungen. Als Beispiel nennt er das Leistungsverzeichnis

8/Gebäudereinigung, Glasreinigung und Sonderreinigung. Hier ist zu Einsparzwecken vorgesehen, den Einheitspreis zu senken. Als Konsequenz bedeutet das für ihn, dass bei gleicher Reinigungsleistung entweder die Arbeitbelastung steigt, die Löhne gesenkt werden oder weniger gereinigt wird. Am Beispiel der Schultoiletten macht er deutlich, dass die Auswirkungen groß sind. Die Linke.Liste lehnt die Drucksache ab.

Stadtv. Nakot begründet, warum die CDU-Fraktion der Drucksache nicht zustimmen wird. Aufgrund des Fehlens einer Synopse sieht man sich nicht in der Lage zu erkennen, was vorher war und jetzt sein soll. Das es vorliegend auch um die Reduzierung von Leistungen geht, ist für ihn keine Frage. Nicht ersichtlich ist hingegen, wo die Kürzungen erfolgen. In diesem Zusammenhang kritisiert er insbesondere, dass die OGM im Rahmen der vertraglichen Vereinbarung zu Leistungen im Bäderwesen mit 5,8 Mio. € einen mehr als doppelt so hohen Betriebskostenzuschuss erhält wie ursprünglich vereinbart. Das war so nicht vorgesehen. Für ihn stellen sich Fragen im Bezug auf das Immobilienmanagement (Wie sieht die weitere Vorgehensweise aus vor dem Hintergrund, dass eine Strategie erst nach dem Ratsbeschluss entwickelt werden soll?) IT- und TK-Leistungen (Welche Auswirkung hat die vertragliche Verpflichtung der Stadt, sämtliche Aufgaben zu verlagern und wie ist die Preisgestaltung vorgesehen?). Es fehlt in vielen Beschlussvorschlagsbereichen die Transparenz.

Beig. Motschull teilt mit, dass den Fraktionen nach der letzen Sitzung des HFA für den Aufgabenbereich der Reinigung eine Synopse zur Verfügung gestellt wurde. Es ist aufgezeigt worden, dass die Quadratmeterzahlen in der gleichen Größenordnung und in den gleichen Intervallen gereinigt werden wie vor der Vertragsneugestaltung. Zum Thema Bäderzuschuss ist seitens der OGM die Wirtschaftlichkeit dargelegt worden. Daraus ergab sich, dass der Zuschuss in der vertraglich vereinbarten Höhe erforderlich ist. Der positive Nebeneffekt ist, dass eine Erhöhung darüber hinaus bis 2026 ausgeschlossen ist.

Wenn die OGM zukünftig weniger Geld erhält, hat das nach Auffassung von **Stadtv. Runkler** Auswirkungen auf das Leistungsspektrum. Ein derart umfangreiches Vertragswerk ist für ihn nicht kontrollier- und beurteilbar. Positiv war für ihn die Entwicklung, dass der Kämmerer nicht mehr Mitglied der Geschäftsführung bei der OGM ist. Er kann somit seine Position gegenüber der Gesellschaft darlegen, ohne selbst befangen zu sein. Nachvollziehbar ist, dass das Konsolidierungsziel eingehalten wird. Deshalb signalisiert er Zustimmung zu der Vorlage.

Stadtv. Große Brömer erinnert an den vor der Sommerpause verabschiedeten gemeinsamen Begleitantrag von Rot-Grün. Die daraus zu entnehmenden Anregungen, Vorschläge und Aufforderungen hat die Verwaltung in der Vorlage im Wesentlichen verarbeitet. Ausschlaggebend ist für ihn vor allem, dass der Kämmerer nicht mehr in der Geschäftsführung tätig ist und damit eine andere Kontrollmöglichkeit gegeben ist und die Berichtspflicht der OGM mit regelmäßigen Berichterstattungen gegenüber dem Rat. Das gab es bislang in dieser Form nicht. Dadurch besteht die Möglichkeit, sich mit den Darstellungen intensiv auseinander zu setzten. In Erstaunen versetzt hat ihn die Aussage des Stadtv. Nakot, der auch stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der OGM ist, dass er nicht weiß, welche Leistungen erbracht wurden und jetzt werden und wie die Preisentwicklung vorher und nachher aussieht. Für den Fall, dass er dort im Aufsichtsrat eine Kontrollfunktion ausübt, müsste er die Fragen beantworten können, die er gerade gestellt hat.

Stadtv. Schranz folgert aus der Aussage seines Vorredners, dass der Grund, mehr

Kontrolle bei der OGM einzufordern, darin besteht, dass die CDU-Opposition und die anderen Oppositionsfraktionen des Rates diese Kontrolle nicht effektiv ausgeübt haben. Ebenfalls zu verantworten haben sie offenbar auch das hohe Maß an Intransparenz. Geschäftsführung sowie Aufsichtrat der OGM werden von der SPD bestimmt. Auch bestimmt sie durch ihre Mehrheit im Rat, wie viel Geld die OGM erhält. Infolgedessen sollte sie auch die Verantwortung für die Abläufe in dieser Stadt übernehmen. Stadtv. Schranz stellt den Mitgliedern des Rates die Frage, ob jemand weiß, in welchen Bereichen die OGM zukünftig die 8,7 Mio. € sparen wird. Stadtv. Zimkeit bejaht die Frage als einziger.

Zwischenrufe (unverständlich) **Ordnungsruf des OB in Richtung Tribüne**

Stadtv. Schranz kritisiert die mangelnde Transparenz. Laut Drucksache soll es eine Absenkung von Standards geben. Die zur Verfügung gestellten Synopsen im Hinblick auf die Reinigung zweier Gebäude wurden mit der Aussage versehen, dass es hier zu keinen Leistungseinschränkungen kommt. Damit wird keine Transparenz erzeugt. Laut Vorlage sollen die 8,7 Mio. € Einsparung über die Einheitspreise durch Senkung von Standards, Fremdleistungen und Nutzungsentgelten erzielt werden. Die Antwort auf die Frage, um welche Standards es sich handelt, wird beantwortet mit zwei Gebäuden, bei denen keine Anpassungen stattgefunden haben. Die CDU hat um die Synopsen am 03.06.2013 im HFA und in der Ratssitzung am 10.06.2013 gebeten. Bedauerlicherweise hat sie die Informationen, um die sie gebeten hat, bis heute nicht bekommen.
Für **Stadtv. Paasch** ist eine vorgesehene Einsparung von 8,7 Mio. € bei der OGM konsequenterweise verbunden mit Vergaben an Dritte und die Verlagerung von Aufgaben. Mit den eigenen Beschäftigten ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Damit besteht das Risiko, dass Firmen berücksichtigt werden, die Dumpinglöhne zahlen. Zudem ist mit weiteren Fremdvergaben eine schleichende Privatisierung im Gange. Bedauerlich ist für ihn, dass die Rekommunalisierung als eine mögliche Lösung nicht mehr diskutiert wird.
Stadtv. Zimkeit zeigt sich überrascht, dass einige Anwesende, die über sämtliche Informationen verfügen, sagen, sie wissen nicht, was vorher war und nachher sein wird. Sicherlich ist es für einen Ehrenamtler schwierig, ein so umfangreiches Regelwerk nachzuvollziehen. Dennoch liegen alle Angaben vor. Zum Thema Dumpinglöhne stellt er klar, dass die OGM nach Tarifverträgen vergütet, wenn sie nicht eigene Kräfte beschäftigt. Das wird sich auch in Zukunft nicht ändern.
Beig. Motschull ist sich hinsichtlich der Äußerung des Stadtv. Schranz nicht bewusst, dass über die zur Verfügung gestellten Unterlagen hinaus noch umfangreiche Darstellungen gefordert wurden.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und der Stimme des Stadtv. Paasch mit Mehrheit folgenden Beschluss:

"1. Der Rat der Stadt verzichtet hinsichtlich dieser Drucksache gemäß § 1 Absatz 1 Satz 3 der *Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates und für die Oberbürgermeisterin/den Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen* auf die Vorberatung durch Ausschüsse.

2. Der Rat der Stadt stimmt dem Abschluss der jeweils als Entwurf vorliegenden Vertragswerke

a) Vertrag über das Immobilien-/Flächenmanagement der Stadt Oberhausen
b) Vertrag zum Beschaffungswesen
c) Vertrag zu Dienstleistungen im Bereich Arbeitssicherheit
d) Vertrag zu Dienstleistungen im Bereich Neues Kommunales Finanzmanagement
e) Pachtvertrag Tiergehege
f) Vertrag über die Leistungen der OGM im Bäderwesen
g) Vertrag über die Bewirtschaftung städtischer Friedhöfe
h) Vertrag zur Pflege und Instandhaltung der Kriegsgräber
i) Vertrag über die Erstattung von Aufwendungen für Altersteilzeitverträge

mit der OGM in der jeweiligen Fassung der durch diese Drucksache dargelegten Änderungen zu.

3. Den Vertretern/innen der Stadt im Aufsichtsrat der OGM wird empfohlen, dem Abschluss der im Beschluss zu 1. genannten Verträge in der vorliegenden Form zuzustimmen.

4. Der Rat der Stadt nimmt zur Kenntnis, dass ihm der Entwurf des Vertrages zu IT- und TK- Leistungen in seiner Sitzung am 11.11.2013 zur Zustimmung vorgelegt wird.

5. Sofern und soweit an den Vertragswerken zu 2. noch unwesentliche Veränderungen (z. B. ausschließlich redaktionell oder ohne HSP-Auswirkungen) erforderlich werden sollten, wird die Verwaltung ermächtigt, diese im Einvernehmen mit der OGM vorzunehmen.

6. Soweit die vorstehenden Beschlüsse Maßnahmen betreffen, die nach den Bestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes / Landesgleichstellungsgesetzes beteiligungspflichtig sind oder in ihren Konsequenzen werden könnten, stehen sie unter entsprechendem Vorbehalt."

7. Jugendzentrum Oberhausen
Vorlage: B/15/3006-01

An der engagierten Diskussion beteiligten sich **Stadtv. Karacelik, Frau Stadtv. Willing-Spielmann, Beig. Motschull, Frau Stadtv. Gödderz, Stadtv. Real, Stadtv. Schranz, Dez. Schmidt. Stadtv. Runkler, Stadtv. Große Brömer, Frau Stadtv. Diepenbrock, Stadtv. Schuler, Frau BM Opitz sowie Stadtv: Paasch.** Dabei wurde auch über die formellen Voraussetzungen des § 5 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen, seine Ausschüsse und Bezirksvertretungen (GeschO) diskutiert.
Stadtv. Karacelik beantragt eine getrennte Abstimmung der beiden, im Beschlussvorschlag beschriebenen Vorhaben.

Frau Stadtv. Willing-Spielmann stellt den Antrag auf Absetzung dieses Tagesordnungspunktes von der heutigen Tagesordnung. Als Begründung führt sie aus, dass nunmehr das 2. Gutachten vorliegt, das die Bürgerinitiative in Auftrag gegeben hat. Eine ausführliche Begutachtung war aus Zeitgründen noch nicht möglich.

OB Wehling ruft die Zuhörer/innen auf der Tribüne zur Ordnung auf. Bei erneuter Störung wird er die Tribüne räumen lassen.

Beig. Motschull weist auf die Feststellung des Oberbürgermeisters zu Beginn der Sitzung hin, dass weder vorgesehen ist, einen Änderung- oder Absetzungsantrag zu stellen noch einen Antrag auf Änderung der Öffentlichkeit bzw. Nichtöffentlichkeit. Eine Stunde später wird dennoch ein Antrag auf Absetzung eines Tagesordnungspunktes gestellt. Das ist für ihn nicht mehr nachvollziehbar.

Frau Stadtv. Gödderz begrüßt ausdrücklich das bürgerschaftliche Engagement in dieser Stadt. Dabei sollten allerdings nicht nur partikulare Interessen im Vordergrund stehen. Bürgerbeteiligung heißt nicht, dass die Interessen 1:1 ungesetzt werden. Bei dem Wegfall des Haus der Jugend könnte das gesamte Gelände städtebaulich neu entwickelt werden. Zudem trägt die Veräußerung zur Investitionen in andere Sportplätze bei.

Stadtv. Real erinnert daran, dass es seit mehr als zwei Jahren darum geht, die Angelegenheit zum Abschluss zu bringen. Die letzten Fakten wurden mit dem 2. Gutachten heute Morgen geliefert. Datiert ist das Gutachten auf den 13.09.2013. Was ist in der Zwischenzeit damit geschehen? Warum hat Herr Sommer (Mitglied wso e.v.) in der letzten Sitzung des HFA am 23.09.2013 nicht darüber berichtet, als ihm Rederecht eingeräumt wurde? Es ist heute, nach mehrfacher Ablehnung der Argumente, aber auch eines möglichen Landeszuschusses zum Thema Denkmalschutz, der wiederholte Versuch unternommen worden, diesen Aspekt aufzugreifen. 2.340.000 € würde eine Instandsetzung des Gebäudes kosten. Dagegen steht aufgrund von Zuschüssen der Landesregierung der Betrag in Höhe von 366.000 € für eine Neuausrichtung der offenen Jugendarbeit basiert auf einem Konzept das heißt „Kommunal verantwortete offene Kinder- und Jugendarbeit in Alt-Oberhausen". Das ist so gut, dass es selbst bei der Landesregierung Zuspruch gefunden hat. Kommunal verantwortete Jugendarbeit hört nicht mit dem Abriss des Haus der Jugend auf, sondern fängt dadurch erst richtig an.

Für **Stadtv. Schranz** ist nicht nachvollziehbar, warum das Gutachten nicht ausgewertet, sondern ignoriert werden soll? Das bestätigt nur den Vorwurf, dass die Entscheidung bereits vor Monaten gefällt worden ist. Begründet wird die Vorgehensweise mit dem Zuschuss des Landes. Er kann sich nicht vorstellen, dass alternativ ein Antrag auf Landesmittel für den Standort John-Lennon-Platz eingereicht worden ist.

Dez. Schmidt war der Erstempfänger des Gutachtens und teilt mit, dieses am Sonntag um 22:55 Uhr per E-Mail erhalten zu haben. In der Gremiensitzung, an denen auch der Verein WSO teilgenommen hat, wurde auch über die Zeitschiene gesprochen. Um die Zeitschiene einzuhalten, wurde mit dem Gutachter vereinbart, das Gutachten noch vor der Sommerpause vorzulegen. Aus den Gremienbeschlüssen ging hervor, dass nach der Sommerpause Konzepte zum neuen und alten Standort erwartet wurden. Ein Abrissantrag wurde gestellt. Das ist eine übliche Vorgehensweise. Der Oberbürgermeister hat deutlich gemacht, dass eine Abrissgenehmigung hingegen erst erteilt werden kann, wenn der Rat hierzu einen entsprechenden Beschluss gefasst hat.

Stadtv. Runkler kann gravierende Unterschiede zum ersten Gutachten nicht erkennen und sieht darin den Grund für das verspätete Einreichen der Unterlage. Für Stadtv. Runkler ist das Wesen der Anträge nach § 5 der GeschO, dass sie jederzeit gestellt werden können. Den Antrag von Frau Willing-Spielmann hat er als Vertagungsantrag aufgefasst und nicht als Absetzungsantrag. Als solcher sollte er auch jetzt noch berücksichtigt werden.

Stadtv. Große Brömer weist darauf hin, dass die Thematik seit zwei Jahren umfangreich und ausführlich mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert wird. Trotz Vorliegens eines Gutachtens, das durch einen unabhängigen Gutachter erstellt wurde, ist ein zweites Gutachten in Auftrag gegeben worden. Damit sollten alle Unwägbarkeiten ausgeschlossen werden. Da kann wirklich niemand mangelnde Bürgerbeteiligung unterstellen. Eine Vertagung kommt für ihn nicht in Frage. Zum einen kann er die Kurzfristigkeit der Einreichung nicht nachvollziehen. Zum anderen wird durch das zweite Gutachten das erste vollumfänglich bestätigt. In Flugblättern war von Profitgier die Rede. Hierzu führt er aus, dass es bisher keinen Investor gibt im Zusammenhang mit der weiteren Nutzung des John-Lennon-Platzes. Ein Teil der Fläche wird Freifläche verbleiben. Die Entwicklung und Nutzung der restlichen Teilfläche wird mit Bürgerbeteiligung erfolgen.

Frau Stadtv. Diepenbrock vertritt die Auffassung, dass bereits vor Verabschiedung des Sportstättenentwicklungskonzeptes der Abriss des Hauses der Jugend klar war. 2.500 Stimmen haben sich für den Erhalt ausgesprochen. Das ist eine eindeutige Aussage des Bürgerwillens für dieses Gelände. Projektarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit. Sie begrüßt durchaus die Entwicklung eines neuen Standortes in der Innenstadt. Durch eine Verlagerung in die Innenstadt kann die Projektarbeit als wichtiger Bestandteil der Menschen im Marienviertel nicht ersetzt werden.

Stadtv. Schuler begrüßt die Planung in der Stadtmitte, denn eine Renovierung des Haus der Jugend lohnt sich laut der beiden Gutachten in der bisherigen Form nicht mehr. Für die weiteren Planungen auch im Marienviertel sieht er es als Aufgabe des Rates an, das Jugendparlament und die Anwohner mit einzubinden.

Frau BM Opitz zeigt sich überrascht über die Fragestellung, wann Bürgerbeteiligung stattgefunden hat. Die Fraktion DIE GRÜNEN hat sich mehrmals in großen Gruppen mit dem Verein WSO sowie mit einzelnen Personen der WSO unterhalten. In die Richtung der Linke.Liste-Fraktion kritisiert sie, dass diese sich für den Erhalt des Haus der Jugend und das Vorhaben an der Lothringer Straße ausspricht, anstatt sich zu positionieren. Gutachten, die Verbesserungsmöglichkeiten, Perspektiven und Empfehlungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit aufzeigen, werden ignoriert.

Stadtv. Paasch stellt fest, dass finanzielle Mittel nur für ein Jugendzentrum zur Verfügung gestellt werden können. Andernfalls wäre es sicherlich denkbar, auch das Jugendzentrum im Marienviertel zu erhalten. Jetzt muss eine Entscheidung getroffen werden, welches Gebäude umgestaltet werden soll. Politik wird nicht in dem Sinne gemacht, was notwendig ist, sondern lediglich was machbar ist. Das gilt für sämtliche Bereiche so lange, wie sich die finanzielle Situation der Kommunen nicht ändert. Er fragt nach, wie schnell ein Antrag auf Abriss nach einer entsprechenden Beschlussfassung des Rates umgesetzt wird. Das vor dem Hintergrund, da der Bewilligungsbescheid des Landes für die Maßnahme an der Lothringer Straße noch nicht vorliegt. Vielleich sollte so lange mit dem Abriss gewartet werden.

Stadtv. Schranz regt an, über die Vertagung der Beschlussfassung abstimmen zu lassen.

OB Wehling lässt zuerst über den Antrag auf Vertagung abstimmen und anschließend einzelnen über die beiden Absätze der Drucksache B/15/3006-01.

Antrag auf Vertagung:

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - lehnt mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch den Antrag auf Vertagung ab.

Neuerrichtung eines Jugendzentrums am Standort Lothringer Straße 20:

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

Abriss der Immobilie "Haus der Jugend" inkl. der Nebengebäude:

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit Mehrheit gegen die Stimmen, der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt,

- **am Standort Lothringer Str. 20/Brüder-Grimm-Schule ein neues Jugendzentrum zu errichten, welches die räumlichen Voraussetzungen für die Umsetzung des in DS-Nr. B/15/2994-01 beschriebenen Konzepts ermöglicht. Hierfür werden die in DS-Nr. B/15/3012-01 beschriebenen Städtebaufördermittel beantragt, die neben der Einrichtung des Jugendzentrums auch eine umfangreiche energetische Sanierung des vorhandenen Baukörpers sowie die Neugestaltung des Schulhofs und des Außengeländes ermöglichen. Vom Bereich 5-4/Wohnungswesen und städtebauliche Maßnahmen wurden diesbezüglich im Rahmen der Veränderungsnachweisung zum Haushalt 2014 entsprechende Mittel angemeldet (Gesamtauszahlungs-/-aufwandsvolumen = 2.781.280 EUR; Gesamteinzahlungs-/-ertragsvolumen = 2.225.100 EUR).**

- **das Haus der Jugend am John-Lennon-Platz inkl. der Nebengebäude abzureißen, um somit die Voraussetzungen für eine städtebauliche Entwicklung des Areals um den Sportplatz zu schaffen. Diesbezüglich fallen Gesamtkosten in Höhe von 212.000 EUR an, die aus dem Gebäudeunterhaltungsbudget des Bereichs 4-1/Personal und Organisation (Deckungsring-Nr. D01100002), Sachkonto 521150, aus nicht benötigten freien Restmitteln im Hj. 2013 finanziert werden können."**

8. Einrichtung und externe Besetzung einer Teilzeitstelle im Bereich 3-4/Gesundheitswesen zur Umsetzung der Zweiten Verordnung zur Änderung der Trinkwasserverordnung
Vorlage: B/15/3001-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Rat beschließt die Einrichtung und externe Besetzung einer zusätzlichen Teilzeitplanstelle (Dipl.-Ingenieur/Dipl.-Ingenieurin, EG 11 - vorbehaltlich Entscheidung der Bewertungskommission -) im Aufgabengebiet „Hygiene,

Infektionsschutz“ innerhalb des Bereichs 3-4/Gesundheitswesen. Mit der Einrichtung der Planstelle ist eine Ausweitung des Stellenplans verbunden. Die Personalkosten für diese Stelle werden nach einer ersten Einschätzung der Fachverwaltung annähernd durch Gebühreneinnahmen refinanziert."

9. Abschluss einer Ergänzungsvereinbarung zwischen den Städten Mülheim, Essen und Oberhausen zur Umsetzung des Betreuungsgeldgesetzes
Vorlage: B/15/3011-01

OB Wehling weist darauf hin, dass die Vorberatung auf Antrag der Linke.Liste-Fraktion im HFA bis zur heutigen Ratssitzung ausgesetzt wurde.
Frau Stadtv. Marx geht es nicht um die Ergänzungsvereinbarung zur Umsetzung des Betreuungsgesetzes, sondern um das Betreuungsgesetz selbst. Es suggeriert, dass nur Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, diese erziehen. Familien, die Hartz IV beziehnen, erhalten kein Betreuungsgeld, denn es wird ihnen als Einkommen angerechnet. Es handelt sich hierbei um die Förderung eines veralterten Familienmodells, bei dem i. d. R. die Frauen für die Kinderbetreuung zuständig waren. Das zur Verfügung gestellte Geld sollte lieber in den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung (z. B. längere Öffnungszeiten, mehr Personal) in Kindertageseinrichtungen investiert werden. Deshalb lehnt die Linke.Liste diese Maßnahme „Betreuungsgeld" insgesamt ab.
Frau BM Opitz spricht sich ebenfalls gegen das Betreuungsgeld aus. Es führt aus ihrer Sicht zur Benachteiligung der Bildung der einzelnen Kinder. Zudem erfüllt nicht jede Familie die Anspruchsvoraussetzungen. Geschickt verborgen worden ist, dass das Erziehungsgeld nur für 1-jährige Kinder gilt. Kinder, die vor dem Stichtag 01.08.2012 geboren worden sind, haben keinen Anspruch auf Betreuungsgeld oder auf einen Kindergartenplatz. Sie stellt sich die Frage, was mit denen geschieht.
Für **Stadtv. Schranz** ist die entscheidende Frage nicht beantwortet worden, nämlich wie sich die SPD in Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen zum Betreuungsgeld stellt.
Stadtv. Große Brömer muss die Antwort heute schuldig bleiben.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und der Stimme des Stadtv. Paasch mit großer Mehrheit folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt beschließt den Abschluss einer Ergänzungsvereinbarung gemäß dem als Anlage beigefügten Entwurf zur Erfüllung der Aufgaben auf dem Gebiet des Betreuungsgeldes durch die Stadt Essen. Grundlage für diese Ergänzungsvereinbarung ist die bestehende „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Aufgabenübertragung auf den Gebieten des Schwerbehindertenrechts und des Elterngeldes“ vom 10.10.2008 zwischen den Städten Mülheim, Essen und Oberhausen."

10. Verlagerung des städtischen Archivs vom derzeitigen Standort Tackenberg zur ehemaligen Hauptschule Lirich
Vorlage: B/15/2977-01

OB Wehling weist darauf hin dass die Vorberatung im HFA auf Antrag der CDU-Fraktion und der Linke.Liste-Fraktion auf die heutige Ratssitzung vertagt wurde.
Stadtv. Karacelik interessiert, woher das Personal beispielsweise bei Ausstellungen kommt.
StK. Tsalastras teilt mit, dass beim Stadtarchiv auch Personal beschäftigt ist. Gemeinsam mit der Volkshochschule können in der Hauptschule Lirich Aktivitäten und Veranstaltungen durchgeführt werden.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit Mehrheit folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt, das Stadtarchiv der Stadt Oberhausen vom derzeitigen Standort Tackenberg zur Eschenstr. 60 (ehemalige Hauptschule Lirich) zu verlagern und hierfür ein neues Magazingebäude an einen vorhandenen Baukörper anzubauen sowie den vorhandenen Baukörper zu renovieren. Die Gesamtkosten für dieses Projekt betragen ca. 995.000 EUR brutto und teilen sich wie folgt auf:

Die konsumtiven Gesamtmittel in Höhe von 100.000 EUR werden komplett im Hj. 2014 aus dem Gesamtgebäudeunterhaltungsbudget (Volumen 17,5 Mio. EUR) finanziert und sind im Rahmen der Priorisierung entsprechend zu berücksichtigen.

Die investiven Mittel für die Errichtung eines Magazingebäudes sowie für die Sanierungsarbeiten im bestehenden Baukörper in Höhe von 895.000 EUR werden im Hj. 2013 bereit gestellt.
Die Finanzierung erfolgt aus der ursprünglich vorgesehenen Maßnahme 410001100300100 - Haus der Jugend am John-Lennon-Platz -, Finanzposition 785120 (350.000 EUR) sowie durch eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 545.000 EUR, die wie folgt gedeckt wird:

- **Einsparung in Höhe von 300.000 EUR bei der investiven Maßnahme 560012010101100, Finanzposition 785200; die Erschließungsmaßnahme Burg-/Dinslakener Straße wird im Hj. 2014 abgewickelt.**
- **Erhöhung des negativen Saldos aus Investitionstätigkeiten in Höhe von 245.000 EUR."**

11. Stadtsparkasse Oberhausen
hier: Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 / Entlastung der Organe
Vorlage: B/15/2954-01

OB Wehling macht darauf aufmerksam, dass Stadtverordnete, die Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Oberhausen sind, sich gemäß § 31 GO NRW nicht an der Abstimmung zu 2 beteiligen dürfen.
Frau Stadtv. Marx kann der Erteilung einer Entlastung der Organe nicht zustimmen, da die Gewinn- und Verlustrechnung anhand der eingereichten Unterlagen nicht hinreichend nachvollzogen werden kann. Die Konsequenzen der mangelnden Transparenz sind vielfältig zu spüren, wie z. B. durch die Schließung von Filialen, den Abbau von Arbeitsplätzen, die Reduzierung von Öffnungszeiten etc.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und mit Enthaltung des Stadtv. Paasch mit großer Mehrheit folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"1. Der Rat der Stadt nimmt von dem Jahresabschluss der Stadtsparkasse Oberhausen für das Geschäftsjahr 2012 - versehen mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes - und dem Lagebericht der Stadtsparkasse Oberhausen für 2012 Kenntnis.

2. Den Organen der Stadtsparkasse Oberhausen wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

3. Der Jahresüberschuss 2012 in Höhe von 1.083.316,90 EUR wird gemäß dem Beschluss des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Oberhausen vom 25.06.2013 in die Sicherheitsrücklage der Stadtsparkasse Oberhausen eingestellt."

12. VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages
Vorlage: B/15/2998-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Stimmen der Linke.Liste-Fraktion mit Mehrheit folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt beschließt:
1. Der Gesellschaftsvertrag der VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH wird wie folgt geändert:

a) § 1 Ziffer 2 (Firma)
„Die Firma der Gesellschaft lautet:
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH“

b) § 2 Ziffer 1 (Gesellschaftszweck)
„Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Um- und Neubau (als Generalübernehmer) sowie die Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen.“

2. Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der VZS wird angewiesen, die erforderlichen Beschlüsse zu fassen."

13. Neufassung der Satzung des Beirats für Menschen mit Behinderungen Vorlage: B/15/2982-01

OB Wehling informiert über folgende Anpassungen bezüglich der Mitgliederliste des Beirats für Menschen mit Behinderungen (Anlage 3) hier: Organisationen gibt es folgende Änderungen:

Für das Deutsche Rote Kreuz wurde anstelle von Frau Petra Modlich, **Frau Houda Feketic** entsendet.

Bei der Evangelischen Stiftung Hephata Wohnen gGmbH lautet der richtig Name: Frau **Marion** Spee und nicht Frau **Mario** Spee.

Stadtv. Nagels macht ergänzend darauf aufmerksam, dass es bei Frau Antje Schwarz unter dem Stichwort „Organisationen“ heißen muss: **Mitglied** im Blinden- und Sehbehindertenverband.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"1. Aufgrund der §§ 7 und 41 Abs. 1 Satz 2 lit. f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und des § 13 des Gesetzes des Landes Nordrhein- Westfalen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (Behindertengleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen - BGG NRW) beschließt der Rat der Stadt die als Anlage 1 beigefügte Satzung für den Beirat für Menschen mit Behinderungen der Stadt Oberhausen.

2. Die zurzeit geltende Satzung des Beirats für Menschen mit Behinderungen vom 19.02.1979 wird mit Wirkung ab dem Inkrafttreten der zu 1. beschlossenen Satzung aufgehoben.

3. Der Rat der Stadt bestellt mit Wirkung ab dem Inkrafttreten der zu 1. beschlossenen Satzung die in der Anlage 3 aufgeführten Mitglieder für den Beirat für Menschen mit Behinderungen."

14. Fortführung des Landesprogramms ‚Jedem Kind ein Instrument" an Oberhausener Grundschulen im Schuljahr 2013/2014
Vorlage: B/15/2997-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Fortführung des NRW-Landesprogramms „Jedem Kind ein Instrument“ an Oberhausener Grundschulen im Schuljahr 2013/ 2014 wird zugestimmt.

Haushaltsmittel stehen unter den entsprechenden Aufwands- und Ertragspositionen zur Verfügung: Produkt 040701 - Musikschule Auftrag 860004070101, Sachkonto 501900, 501100/ 501200 und 529152 für den Aufwand, für die Erträge: Sachkonto 446100 und 414800.

Mögliche Beschlüsse im Rahmend des Haushaltssanierungsplans (HSP) 2013/2014 und mögliche Vorgaben der Bezirksregierung können zu einer Änderung führen."

15. Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 04 - Kultur und Wissenschaft -
hier: Produkt 040301/Ludwig Galerie Schloss Oberhausen
Vorlage: B/15/2986-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit Mehrheit folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produkt 040301/Ludwig Galerie Schloss Oberhausen wie folgt zu:

Auftrag	Bezeichnung	Sachkonto	Betrag/EUR
880004030100	Aufwand Mietnebenkosten	524142	305.010

Deckungsvorschlag:
Erhöhung des negativen Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit."

16. Verordnung über das Offenthalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2014
Vorlage: B/15/2848-01

OB Wehling macht darauf aufmerksam dass der Einzelhandelsverband Ruhr e.V. mit Schreiben vom 18.09.2013 den bereits gestellten Antrag modifiziert hat und auf folgende 2 der bisher beantragten Sonderöffnungszeiten verzichten möchte:
- einen verkaufsoffenen Sonntag für Sterkrade am 5.10.2014 und
- für Schlad am 02.11.2014.

Die heute zu beschließende Anlage 2 (Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen 2014) ist wie folgt zu korrigieren:
Zu streichen sind unter Punkt
g) ~~und im Stadtbezirk~~ **Sterkrade** ~~(ohne Schmachtendorf)~~
i) ~~im Stadtteil~~ **Schlad**

Beig. Motschull stellt richtig, heute per Fax mitgeteilt bekommen zu haben, dass die kath. Kirche entgegen der Darstellung in der Vorlage (Zeilen 100, 101) eine Stellungnahme abgegeben hat. Empfänger des Schreibens vom 27.06.2013 war nicht die Verwaltung. Deshalb konnte es auch bisher nicht berücksichtigt werden. Die kath. Kirche spricht sich dafür aus, bei den vereinbarten 10 verkaufsoffenen Sonntagen zu bleiben.

Für **Frau BM Opitz** geht es nicht um die Abschaffung von Brauchtum, sondern in erster Linie um den Schutz der Arbeitnehmer/innen. Immer mehr Sonntage gehen zu Lasten der Gesundheit, Freizeit, familiären Zusammenkünfte der betroffenen Beschäftigten. Für ein bisschen mehr an Shopping-Vergnügen werden weitere freie Tage in Arbeitstage umgewandelt. Einkaufen an einem Sonntag sollte etwas Besonderes bleiben. Für 2014 hätte sie sich stärkere Einschränkungen gewünscht. Mit der Devise: öfter, stärker unbegrenzt muss Schluss sein.

Stadtv. Schranz kritisiert, wie mit dem Einzelhandelsverband umgegangen wird. Die dargelegten Argumente gegen eine Sonntagsöffnung kann er nachvollziehen. Nicht verstehen kann er, warum man nicht bei einer Linie bleibt. Im letzten Jahr wurden 21 verkaufsoffene Sonntage festgeschrieben. Fair wäre es gewesen, den Einzelhandel nicht zu zwingen, seine Anträge zurückzuziehen, sondern selbst einen Änderungsantrag zu stellen.

Stadtv. Runkler ist bereit, der Ursprungsvorlage zuzustimmen. Für eine Vielzahl von Branchen ist der Sonntag ganz selbstverständlich ein Arbeitstag. Dem vorgespiegelten Kompromiss hingegen wird er seine Zustimmung verweigern.

Stadtv. Große Brömer zeigt auf, das die Argumente der verschiedenen Interessengruppen für oder gegen verkaufsoffene Sonntage vielfältig sind. Kompromisse offenbaren sich immer als schwieriger. Offensichtlich hat es insbesondere in diesem Jahr unterschiedliche Wahrnehmungen über die Gesprächsergebnisse gegeben. Es gibt seit einigen Jahren eine grundlegende Vereinbarung mit dem Einzelhandelsverband im Hinblick auf die verkaufsoffenen Sonntage in den verschiedenen Stadtteilen. Inhalt dieser Vereinbarung ist u. a., dass den Nebenzentren anstelle von 4 nur noch 3 Sonntage zur Öffnung zur Verfügung stehen. Deshalb hat der Antrag des Einzelhandels Erstaunen ausgelöst, indem entgegen der Vereinbarung 4 Sonntage für das Schladviertel und Sterkrade beantragt worden sind. Nach einem entsprechenden Hinweis hat sich der Einzelhandelsverband entschieden, im Schladviertel und in Sterkrade auf jeweils einen verkaufsoffenen Sonntag zu verzichten. Zukünftig wünscht er sich eine breite Mehrheit im Rat und Einvernehmen mit dem Einzelhandel, eine Regelung zu finden, die mehrere Jahre Geltung hat.

Frau BM Opitz stellt klar, dass man nichts verbieten wollte, denn ansonsten hätte der Einzelhandel nicht die Möglichkeit erhalten, nochmals zu diskutieren. Enttäuscht ist sie von der CDU, die offensichtlich Shopping-Events vor die Religiosität stellt.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion, der FDP-Fraktion und des Stadtv. Paasch mit großer Mehrheit folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt die als Anlage 2 beigefügte Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen."

17. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Errichtung einer PRIMUS-Schule, Genehmigungsantrag bei der Bezirksregierung Düsseldorf,
hier: geänderter Beschlussvorschlag zur Drucksachen-Nr. B/15/2887-01
Vorlage: B/15/3031-01

OB Wehling teilt mit, dass er am Freitag per Fax den Genehmigungsbescheid des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes NRW vom 26.09.2013 erhalten hat. Daraus geht hervor, dass der Stadt Oberhausen die Teilnahme am Schulversuch für längeres gemeinsames Lernen (PRIMUS) unter Berücksichtigung diverser Maßgaben (z. B. zur Dauer, Schulname, Einrichtungsgröße etc.) genehmigt wird. Der Schulversuch beginnt am 01.08.2014 und endet am 31.07.2024.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit Mehrheit folgenden Beschluss:

"Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Der Rat der Stadt Oberhausen genehmigt folgende am 30.07.2013 von Herrn Beigeordneten R. Frind als Vertretung im Amt für den Oberbürgermeister und am 30.07.2013 von dem Ratsmitglied W. Große Brömer gemäß § 60 (2) S. 1 GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung:

„Weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, treffen der Oberbürgermeister o. V. i. A. und das Ratsmitglied W. Große Brömer gemäß § 60 (2) S. 1 GO NW folgende Entscheidung:

a) Im Gebäude der Ruhrschule, Lickenberg 28, 46049 Oberhausen, erfolgt die Errichtung einer 3zügigen PRIMUS-Schule von Jahrgang 1 bis 3, beginnend mit der Jahrgangsstufe 1, ab dem Schuljahr 2014/2015 im Offenen Ganztag.

b) Im Schulgebäude der auslaufenden Hauptschule Alstaden, Bebelstr. 182, 46049 Oberhausen, erfolgt die Einrichtung einer dauerhaften Dependance bei horizontaler Gliederung, Jahrgänge 4 bis 10 im Gebundenen Ganztag, beginnend ab dem Schuljahr 2014/2015 mit dem 5. Jahrgang, ersatzweise beginnend ab dem Schuljahr 2017/2018 mit dem 4. Jahrgang.

c) Die städtische katholische Grundschule Ruhrschule, Lickenberg 28, 46049 Oberhausen wird ab dem 01.08.2014 sukzessiv aufgelöst, auslaufend im bestehenden Schulgebäude, vorbehaltlich des Zustandekommens der Primusschule. Der sukzessive Auflösungsprozess wird solange betrieben wie ein ordnungsgemäßer Schulbetrieb gewährleistet werden kann. Spätestens mit Ablauf des Schuljahres 2016/2017 (zum 31.07.2017) ist die Schule vollständig aufzulösen.

d) Die PRIMUS-Schule soll folgenden Namen tragen:

Primusschule Oberhausen
- Primarstufe und Sekundarstufe I -
Lickenberg 28
46049 Oberhausen"

18. Beschluss der Abfallsatzung der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/15/2947-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion mit großer Mehrheit folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt beschließt die Abfallsatzung der Stadt Oberhausen in der als Anlage 1 beiliegenden Fassung."

19. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln bezüglich der Fördermaßnahme Zilianplatz
Produktgruppe PN 0902 - Räumliche Entwicklung - Finanzposition 720000
Vorlage: B/15/2972-01

Stadtv. Carstensen beschreibt den Sachverhalt als Skandal. Die Stadt hat zur Gestaltung des Zilianplatzes Landesmittel mit dem Zuschusszweck „Grün- und Freiflächen erhalten, diese Voraussetzung jedoch nie erfüllt. Offensichtlich wurden die Landesmittel anderweitig verwendet. Für ihn gibt es nur eine Alternative, nämlich Bereitstellung der Grün- und Freifläche.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion mit großer Mehrheit folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt genehmigt die durch den Oberbürgermeister und das Ratsmitglied Herrn Christian Benter getroffene Dringlichkeitsentscheidung:

„Weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, treffen der Oberbürgermeister und das Ratsmitglied Christian Benter nach § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW folgende Entscheidung:

Für die Rückzahlungsverpflichtung von Stadterneuerungsmitteln bei der Fördermaßnahme Zilianplatz in Höhe von 136.892,65 EUR werden entsprechende überplanmäßige Haushaltsmittel bereitgestellt.

Für den jetzt eingetretenen Fall der Rückforderung von Stadterneuerungsmitteln ist bereits eine Rückstellung in Höhe von 130.000,00 EUR gebildet worden. Vom Fachbereich 5-4-40 wurde bei Überprüfung des Rückstellungsspiegels die vorhandene Rückstellung bestätigt und auf die wahrscheinliche Inanspruchnahme im Haushalt 2013 hingewiesen.

Nunmehr ist der konkrete Fall eingetreten und eine Abbildung der entsprechenden Mittel in der Finanzrechnung wird zwecks Abwicklung der Rückzahlungsverpflichtung zwingend erforderlich. Diesbezügliche Haushaltsmittel sind bei der Produktgruppe PN 0902 - Räumliche Entwicklung, Finanzposition 720000 in vorgenannter Höhe bereitzustellen.

<u>Deckungsvorschlag</u>

Erhöhung des negativen Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit.“

20. Umsetzung des Klimaschutz- und Wärmenutzungskonzeptes Oberhausen Vorlage: B/15/2991-01

Stadtv. Plew freut sich, dass ein weiterer wichtiger Schritt zum Klimaschutzkonzept gemacht wird. Er bedauert es, dass die Aufgabe eines Klimaschutzmanagers nur einer befristeten Förderung unterliegt.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"1. Der Rat der Stadt beschließt das durch das Wuppertal Institut in Verbindung mit der ENERKO Gruppe im Oktober 2012 fertig gestellte Klimaschutz- und Wärmenutzungskonzept als Grundlage für den kommunalen Klimaschutz nach dem Grundsatz „global denken und lokal handeln“ bis zum Jahr 2030.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die inhaltlichen Maßnahmenvorschläge des Konzeptes schrittweise im Einzelnen zu bewerten und darauf aufbauend im Rahmen der personellen und finanziellen Möglichkeiten umzusetzen, ein darauf abgestimmtes Klimaschutz-Controlling zu entwickeln und den Rat oder seine Ausschüsse regelmäßig über die Entwicklungen zu informieren."

**21. "Soziale Stadt - Innenstadt Alt-Oberhausen"
Aktualisierung der Förderanträge 2013/2014
Vorlage: B/15/3012-01**

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

"Die Verwaltung nimmt im Programm „Soziale Stadt - Innenstadt Alt-Oberhausen“ folgende Aktualisierung der Städtebauförderanträge vor [in Klammern die Ziffer aus dem Maßnahmenkatalog des Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepts von 2011]:

**Programmjahr 2013
Fassaden- und Innenhofprogramm [Stb 1.1c]
Verfügungsfonds (früher „Quartiersbudget“) [Q]
Baumaßnahme „Jugendzentrum Oberhausen“ neu / aktualisiert [Soz 2.4]**

**Programmjahr 2014
Fassaden- und Innenhofprogramm [Stb 1.1c]
Verfügungsfonds (früher „Quartiersbudget“) [Q]
Modernisierungsberatung und Immobilienentwicklung [Stb 1.2]
Schlüsselimmobilien sichern: Modernisierungs- und Instandsetzungs- bzw. Abrissmaßnahmen [Wi 3.1]**

Hierzu ist es erforderlich, die Maßnahme „Jugendcafé/ Jugendhaus“ (früher „Elsässer Straße“ / Soz 2.4) in den Maßnahmenplan des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes „Soziale Stadt - Innenstadt Alt-Oberhausen“ aufzunehmen. Unter der Ziel-Ziffer Soz 2.4 wurde bisher ein Vorhaben „Elsässer Straße - Einrichtung eines Jugendcafes“ geführt, welches nun mit o.g. Maßnahme umgesetzt werden soll.

Für die Maßnahmen „Fassaden- und Innenhofprogramm“ und „Verfügungsfonds“ werden die alten, bestehenden Richtlinien zugrunde gelegt. ("Fassaden- und Innenhofprogramm" vgl. Vorlage - B/14/4259-01 vom 28.09.2009 und "Verfügungsfonds" vgl. Vorlage - B/14/2398-01 vom 30.04.2007.)

Die herkömmliche Beratungsreihenfolge im Programm „Soziale Stadt - Innenstadt Alt-Oberhausen“ ist Beirat - Planungsausschuss - Bezirksvertretung. Wegen der zeitlich engen Abläufe bei der Einplanung in den städtischen Haushalt und den Landeshaushalt wird in diesem Fall ausnahmsweise die Vorlage am 30.09.2013 dem Rat zur Entscheidung vorgelegt und den anderen Gremien im Nachgang zur Kenntnis gebracht."

22. Berichte der Verwaltung

22.1. 3. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gem. § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2013.
Vorlage: M/15/3000-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

23. Anträge

23.1. Umbesetzung in Fachausschüssen
Vorlage: A/15/2992-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt beschließt die Umbesetzung in Fachausschüssen:

Wahlprüfungsausschuss:

Für stellvertretendes Mitglied Shaun Kreienberg neu: Simon Ahls, Sachkundiger Bürger

Umweltausschuss:

Für stellvertretendes Mitglied Thomas Kattler neu: Dr. Dorothea Dresenkamp
Sachkundige Bürgerin

Beirat für Menschen mit Behinderung:

Stellvertretendes Mitglied: Liane Herfs"

23.2. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN:
Verantwortung wahrnehmen - Oberhausen bürgernah, wirtschaftlich, sozial und umweltfreundlich weiterentwickeln
Vorlage: A/15/3028-01

Stadtv. Plew erläutert den Antrag. In dem Antrag werden konzeptionell für jeden Stadtteil Angebote und Handlungsansätze gemacht, um diese wirtschaftlich zu stärken. Dabei wird ein integrativer Ansatz verfolgt, um städteübergreifende

Zielsetzungen mit kleinteiligen Quartierprogrammen in Einklang zu bringen.
Neue Wohnbebauung muss den Anforderungen des demografischen Wandels und den geänderten Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden.
Für **Stadtv. Karacelik** liegen eine Vielzahl der aufgelisteten Maßnahmen eher in der Kompetenz des Landes und Privater, nicht hingegen in der Zuständigkeit der Stadt Oberhausen. Vieles ist schon lange im Gespräch. Er wirft der SPD ein Versprechen vor, von dem das meiste nicht umsetzbar ist. Er signalisiert Enthaltung, weil er einige wenige Punkte positiv bewertet.
Stadtv. Paasch zeigt auf, dass der Antrag klare Aufträge im Bereich Stadtentwicklung und Stadtplanung an die Verwaltung und die städt. Gesellschaften enthält. Es ist nicht nur ein politischer Wunschkatalog, denn es ist vorgesehen, dass einige Punkte kurzfristig umgesetzt werden sollen. Es fehlen ihm allerdings für diverse Punkte noch Hintergrundinformationen. Die Frage ist, ob über die Maßnahmen in Gänze abgestimmt werden soll, oder ob eine Einzelabstimmung nicht der bessere Weg wäre.
Stadtv. Runkler macht deutlich, dass die Kommunen durch den Stärkungspakt wieder Gestaltungsspielraum erlangt haben. Einige Maßnahmen sind recht alt, wie der Autobahnanschluss, aber es gibt auch neue Perspektiven. Es ist eine Art Bestandsaufnahme für Problemfelder, die wohl in der Vergangenheit nicht genügend angegangen wurden und nun aufgearbeitet werden. Vielleicht handelt es sich hierbei um eine anregende Vorlage für Frau Lauxen. Er möchte ermutigen und wird der Vorlage zustimmen.
Stadtv. Osmann bringt sein Befremden darüber zum Ausdruck, dass der Antrag ohne Beteiligung von Fachausschüssen und der Bezirksvertretungen dem Rat vorgelegt wird. Bei dem Maßnahmenkatalog ist ihm eine Reihe von Punkten aufgefallen, bei denen die Stadt aufgefordert wird, Projekte Dritter zu unterstützen (z. B. Schacht IV, Abriss des Hochbunkers, Abriss des Hallenbades in Osterfeld etc.). Das die Stadt hier Unterstützung leistet, müsste nach seiner Auffassung nicht extra aufgelistet werden. Von den übrigen Punkten gehen einige zurück auf Vorschläge der CDU, wie z. B. der Umzug der Bücherei in Sterkrade, Eislaufhalle/Skaterhalle, Styrumer Pfad, Autobahnanschluss. Diesen Vorschlägen stimmt die CDU gerne zu. Keine Zustimmung erteilt die CDU den Grundstückskäufen durch die OGM, die weitere Vernichtung von Gewerbeflächen in Osterfeld und damit gegen den Abriss von HDO und Gartendom sowie die Planungen an der unteren Marktstraße. Zur Bebauung des Alsbachtals, der eventuellen Befahrbarkeit von Fußgängerzonen sowie die Einrichtung eines Gestaltungsbeirats wären Ergänzungswünsche, um die die Maßnahmeliste ergänzt werden sollte. Aufgrund der unterschiedlichen Auffassung zu den einzelnen Punkten beantragt auch er Einzelabstimmung.
Stadtv. Emmerich erläutert die zeitlichen Abläufe der Stadtplanungsanträge. Vor der Sommerpause ist ein Antrag zur Quartiersentwicklung gestellt worden, der in den Bezirksvertretungen diskutiert worden ist. Investoren halten sich nicht immer an Sitzungstermine. Hätte man es vorher gewusst, wäre es mit in den Antrag eingeflossen. Man könnte es bedauern, dass die Maßnahmen nicht in den Ausschüssen oder Bezirksvertretungen beraten werden konnten, aber es gibt mehrere konkrete Anlässe, dass jetzt Entscheidungsbedarfe vorliegen. Man könnte die Entscheidung dem Aufsichtsrat der OGM überlassen oder man sagt, dass diese durchaus wichtigen Angelegenheiten der Rat als „Auftraggeber" beschließt und damit eine Orientierung gibt. Dabei handelt es sich um die Maßnahmen: HDO, Gartendom, Eislaufhalle, neues Jugendzentrum, Jobcenter an der unteren

Marktstraße und Stabilisierung der Marktstraße. Der Antrag ist unterteilt in 3 Punkte: 1. Es besteht tatsächlicher kurzfristiger Entscheidungs- und Handlungsbedarf (siehe Auflistung oben), 2. Bei einigen Punkten ist die Stadt Oberhausen etwas eingebunden und es ist wichtig, dass sie auf diesem Wege ihre Position deutlich macht. 3. Ferner gibt es Maßnahmen, bei denen die Stadt nicht eingebunden ist und dennoch aufzeigen sollte, wohin die Entwicklung gehen soll. Er geht des Weiteren auf zwei Kritikpunkte ein, über die Herr Hausmann in der Presse dargelegt hat, dass der Rat sich damit nicht zu befassen hat: Die Gesundheitswirtschaft in Osterfeld und Schacht IV. Das kann er nicht nachvollziehen, denn Schacht IV ist beispielsweise ein Bebauungsplan. Damit muss sich der Rat beschäftigen. Bei dem Thema Gesundheitswirtschaft in Osterfeld geht es um das ehemalige städtische Grundstück des Hallenbades Osterfeld. Er versteht nicht, warum sich der Rat hier nicht positionieren sollte. Vielleicht liegt es daran, dass der Rat sich nicht mit Angelegenheiten beschäftigen soll, an denen der Parteivorsitzende beteiligt ist. Völlig legitim ist für ihn hingegen der Wunsch nach Einzelabstimmung.

Stadtv. Schranz kann nicht nachvollziehen, dass in dem Antrag Projekte von privaten Dritten stehen und den Antrag 4 Tage vor der Wahl publikumswirksam vorstellen. Dahinter verbergen sich im Übrigen Vorschläge der CDU sowie ein Projekt der Kath. Kliniken. Zu den kurzfristigen Entscheidungsnotwendigkeiten, die sein Vorredner angesprochen hat, führt er aus: Er befürwortet ebenfalls, dass die Beschlüsse nicht alleine der Aufsichtsrat fassen sollte, sondern der Rat der Stadt. Die Frage ist für ihn nur, auf welcher Grundlage er die Beschlüsse fasst und wie er zu den Informationen gelangt. Sachgerecht wäre darzustellen, welche erwarteten Erlöse den vorgesehen Käufen von HDO und Gartendom gegenüberstehen und welche Risiken damit verbunden sind. StK Tsalastras hat unter TOP 5 von der Notwendigkeit weiterer Einsparnotwendigkeiten nach Gesprächen mit der Bezirksregierung berichtet. Er versteht nicht, wie das mit den Projekten übereinstimmt, die heute beschlossen werden sollen. Er wird bei einer Einzelabstimmung den Maßnahmen, die ein unnötiges Risiko in sich bergen, das nicht einmal thematisiert wird, nicht zustimmen.

Stadtv. Runkler sieht den Vorteil des Antrages darin, dass er ein Gesamtbild mit vielen unterschiedlich gewichteten Mosaiksteinen enthält. Dieses Mosaik durch Einzelabstimmung auseinanderbrechen zu wollen, führt nicht zu dem Ergebnis, das gewünscht wird, denn am Ende muss über den Antrag insgesamt abgestimmt werden. Bei einer Einzelabstimmung der 26 Punkte, die differenziert formuliert sind und unterschiedliche Formen der Verbindlichkeit haben, ergibt eine andere Qualität. Vor diesem Hintergrund spricht er sich gegen den Antrag auf Einzelabstimmung aus. Er regt an, dass die Fraktionen Änderungsanträge zu den Punkten stellen, bei denen das für sie angemessen erscheint, um zu erreichen, was sie wollen.

Für **Stadtv. Zimkeit** soll durch diesen Antrag in die Zukunft der Stadtteile investiert werden. Das bedeutet beispielsweise: Förderung der unteren Marktstraße und Voranbringen der Stadtentwicklung in Osterfeld. Der Schandfleck „DOM" soll beseitigt werden. Private Initiativen sollten durch Ratsentscheidungen Unterstützung erhalten. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass Stadtentwicklung in den Stadtteilzentren gerade durch private und städtische Investitionen angestoßen und vorangetrieben werden kann.

Stadtv. Emmerich kann beim Thema „Gesundheitswirtschaft in Osterfeld" den Vorwurf der CDU-Fraktion im Hinblick auf die Einbeziehung des Rates nicht nachvollziehen. Es handelt sich um ein kommunales Gebäude. Die Zielentwicklung

wurde bereits 2008 im Stadtentwicklungskonzept festgelegt und hat jetzt offensichtlich eine Realisierungschance. Warum soll der Rat sich damit nicht beschäftigen? Auch Schacht IV wird bereits längere Zeit im Rat diskutiert. Zu diesem Thema gibt es einen Bebauungsplanentwurf. Daraus wird deutlich, dass es sich um eine kommunale Angelegenheit handelt. Es stellt sich auch hier die Frage, warum der Rat sich nicht damit beschäftigen soll.

Stadtv. Große Brömer widerspricht Stadtv. Runkler. Er möchte bei den 26 Punkten schon gerne wissen, wer sich fraktionell wofür positioniert. Deshalb begrüßt er den Vorschlag für die getrennte Abstimmung. Die CDU hätte die Diskussion zu den einzelnen Punkten auch durch Änderungsanträge herbeiführen können. Das hat sie nicht getan. Zu der Frage: wer hat Vorschläge zuerst gemacht, führt er aus: Wichtig ist an dieser Stelle die Antwort auf die Frage, ob der Rat in der Lage ist, für diese Stadt notwendige Entwicklungsprojekte auf den Weg zu bringen. Am Beispiel „Gartendom" macht er deutlich, dass sich nunmehr die Gelegenheit bietet, das Objekt von den Gläubigern (Banken) zu einem angemessenen Preis zu erwerben. Dadurch ergibt sich endlich die Chance, entweder den Denkmalschutz zu würdigen oder den DOM instand zu setzen und wirtschaftlich zu nutzen, oder sich für den Abriss und Neubau zu entscheiden, falls es keine vernünftige Nutzungsmöglichkeit gibt. Die Äußerung finanzieller Bedenken ist nachvollziehbar. Zu berücksichtigen ist, dass durch den Antrag zunächst einmal mögliche Projekte für die einzelnen Stadtteile aufgezeigt werden. Die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Maßnahmen und die Refinanzierbarkeit der Investitionsbeträge werden in den Aufsichtsräten ausführlich diskutiert. Er appelliert an die Ratsfaktionen, den Antrag mitzutragen.

Frau BM Opitz kann sich ebenfalls mit einer Einzelabstimmung arrangieren. Dennoch möchte sie darauf hinweisen, dass es sich bei dem Antrag um ein Gesamtkonzept handelt, dass Bürgerbeteiligung, Grün und Klimaschutz beinhaltet.

Stadtv. Schranz kritisiert nicht, dass es nun für die seit Jahren beanstandeten Schandflecke wie HDO, Markthalle und Gartendom Perspektiven geben soll. Er beanstandet vielmehr, wie die Projekte angegangen werden. Der Antrag beschreibt in Punkt 10 das Projekt „Untere Marktstraße" als große Chance zur Wiederbelebung dieses Bereiches und in Punkt 11 wird dieses Gebiet als „Wärmeinsel" bezeichnet, da die Notwendigkeit besteht, die Marktstraße zu durchlüften. Der ursprüngliche Vorschlag zur Städtebauförderung lautete, die Markthalle abzureißen und eine Grünfläche zu schaffen. Das wird durch Punkt 11 getragen. Davon wird jetzt gänzlich Abstand genommen, denn das Objekt soll gekauft werden, damit sich dort eine Behörde ansiedeln kann. Über die Wichtigkeit der einen oder anderen Vorgehensweise kann man sich unterhalten. Dennoch widersprechen sich die Planungen der beiden Punkte. Er bedauert, dass weder ein städtebaulicher Ideenwettbewerb, noch ein Investorenwettbewerb oder die Beauftragung eines Gutachtens in Verbindung mit einer Bürgerbeteiligung für die weitere Planung im Bereich der unteren Marktstraße und dem Gebiet um den Gartendom und HDO vorgesehen sind. Stattdessen wird bereits vorgegeben, dass an der unteren Marktstraße das Jobcenter und in Osterfeld altengerechtes Wohnen entstehen sollen. Dabei stellt sich doch zunächst die Frage, wie viel altengerechtes Wohnen in diesem Stadtteil benötigt wird. Ebenfalls nicht eingegangen wird auf den Aspekt der möglichen Risiken. Sein Vorschlag ist, dass ein Teil des Risikos von privaten Investoren übernommen werden sollte, indem die Stadt bzw. die Tochtergesellschaften gemeinsam etwas mit privaten Unternehmen entwickeln. Dadurch könnte Know How gebündelt werden und es würde eine Risikostreuung

zustande kommen.
Stadtv. Runkler zeigt auf, das der Antrag für ihn ein Gesamtszenario darstellt. Der Antrag deutet an, dass es Bürgerbeteiligungen und Gremienentscheidungen (Bezirksvertretungen, Planungsausschuss) geben wird. Wenn das keine Rolle mehr spielen soll und eine Einzelabstimmung stattfindet, wird seine Fraktion sich an dem Verfahren nicht beteiligen.
Stadtv. Große Brömer macht deutlich, dass es nicht Intention der Einzelabstimmung ist, dadurch die weiteren Beratungen in den Gremien auszusetzen. Es ist vorgesehen, die 26 Maßnahmen Schritt für Schritt durch Bürgerbeteiligungen zu entwickeln. Dazu gehört selbstverständlich auch die Beteiligung der entsprechenden Gremien.
Für **Stadtv. Runkler** macht der Antrag mit einer Einzelabstimmung keinen Sinn. In diesem Fall müsste ein Änderungsantrag gestellt werden.
Stadtv. Karacelik signalisiert für seine Fraktion bei Einzelabstimmung Enthaltung zu allen Punkten.
Stadtv. Paasch regt an, nur die Punkte jetzt einzeln abstimmen zu lassen, die unmittelbar entschieden werden müssen.
OB Wehling stellt klar, dass ein Herausfiltern und Zusammenfassen einzelner Maßnahmen nicht der richtige Weg ist.
Stadtv. Karacelik stellt daraufhin den Antrag auf Vertagung auf die nächtste Ratssitzung. Er bittet um eine ausführlichere Darstellung.
OB Wehling lässt über den Antrag seines Vorredners abstimmen.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - lehnt mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion den Antrag auf Vertagung ab.

OB Wehling ruft nun den Antrag auf Einzelabstimmung auf.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - stimmt gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN dem Antrag auf Einzelabstimmung mit Mehrheit zu.

OB Wehling lässt nunmehr über jede Textziffer einzeln abstimmen.

"Mit den Entscheidungen des Rates der Stadt Oberhausen haben wir in Oberhausen durch die Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen erreicht, wieder einen genehmigten Haushalt zu erlangen und ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept auf den Weg zu bringen.

Das Haushaltssanierungspaket aus dem Jahre 2012 mit den nicht einfachen Detailentscheidungen war zwingend notwendig, um für unsere Heimatstadt wieder vermehrt eigenständige Handlungs- und damit Gestaltungsperspektiven zu erreichen.

Diese wollen wir nutzen.

Wir wollen das Stadtentwicklungskonzept Schritt für Schritt zu einem gesamtstädtischen Handlungskonzept ausbauen, das einen integrativen

Ansatz verfolgt, städteübergreifende Zielsetzungen und kleinteilige Quartiersprogramme in Einklang bringt, langfristig angelegte Leitprojekte formuliert und die Bürgerinnen und Bürger in den Prozess mit einbezieht. Dabei werden wir die Herausforderungen der sozialen Entwicklung, des Klimawandels und des demographischen Wandels mit gezielten städtebaulichen Maßnahmen angehen.

Auf der Grundlage und in Konkretisierung des am 15. Juli verabschiedeten Antrags „Lokale Strategie zur Anwendung integrierter Handlungsansätze in der Quartiersentwicklung" beschließt der Rat der Stadt Oberhausen:

Die Einzelabstimmung der Punkte hat folgendes Ergebnis:

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit Mehrheit folgenden Beschluss:

1. **Der nunmehr mögliche Ankauf des HDO-Geländes und des Gartendoms durch die Stadt bzw. durch städtische Tochtergesellschaften wird ausdrücklich begrüßt. Der Rat der Stadt fordert die Verwaltung auf, kurzfristig einen für das HDO-Gelände ausgereiften Bebauungsplan im Hinblick auf eine Wohnbebauung vorzulegen und das HDO-Gebäude kurzfristig abzureißen. Der denkmalgeschützte Gartendom - früher Kokskohlenvergleichsmäßigungsanlage - soll, wenn sich eine finanzierbare Gestaltungsmöglichkeit ergibt, erhalten bleiben.**

   Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

2. **Die Privatinvestition in Osterfeld an der Bottroper Straße mit der Zielsetzung, durch den Bunkerabriss und der Errichtung eines Vollsortimenters den Einzelhandelsstandort Osterfeld weiter zu stärken, wird vom Rat der Stadt positiv begleitet.**

   Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

3. **Der Rat der Stadt appelliert an die Eigentümer der Gebäude am Marktplatz Osterfeld, zu kooperieren, um eine städtebaulich sinnvolle Bebauung zu realisieren. Wir fordern die Verwaltung auf (ggf. im Rahmen eines professionellen Moderationsverfahrens), sich nochmals mit den Eigentümern in Verbindung zu setzen, um eine positive Entscheidung herbeizuführen.**

   Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

einstimmig folgenden Beschluss:

4. **Die Entwicklungen um den Schacht IV in Osterfeld werden vom Rat der Stadt ausdrücklich als positives Beispiel für eine kleinteilige Quartiersentwicklung mit hohem Standard unterstützt.**

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

5. **Der Rat der Stadt fordert die Verwaltung / die städtischen Tochtergesellschaften auf, die ehemalige Eislaufhalle des Revierparks Vonderort zu übernehmen und für die Inline-Skater-Vereine in Oberhausen herzurichten. Durch die Neugestaltung einer Inline-Skater-Halle werden mittelfristig erhebliche Gebäudeunterhaltungskosten in den übrigen Sporthallen eingespart.**

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

6. **Die Umgestaltung auf dem Gelände des ehemaligen Hallenbades Osterfeld hin zu einem Bestandteil des medizinischen Angebots des Katholischen Klinikums Oberhausen wird vom Rat der Stadt unterstützt. Eine konkretisierte Planung für das Gelände wird spätestens zum Frühjahr 2014 vom Rat der Stadt erwartet.**

   Diese Leitprojekte für Osterfeld sollen umfassend mit der Bevölkerung in ihrer Umsetzungsphase beraten werden. Hierfür erwarten wir ein Kommunikationskonzept von der Verwaltung.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

7. **Die Innenstadt und hier insbesondere die Marktstraße sind mehr als ein reines Einzelhandelszentrum. Der Rat der Stadt begrüßt alle Aktivitäten, die darauf abzielen, eine Revitalisierung der Innenstadt sicherzustellen - auch hinsichtlich des gastronomischen Angebots. Die 20.000 Bürgerinnen und Bürger, die in unmittelbarer Nähe der Haupteinkaufsstraße wohnen und leben, haben einen Anspruch darauf, dass Politik für die Marktstraße Lösungen präsentiert. Der Rat der Stadt steht zu dieser Verantwortung.**

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

8. **Das private Engagement der Händler und Initiativen an der Oberen Marktstraße, durch ihre Aktivitäten mehr Grün in die Innenstadt zu bringen, wird ausdrücklich unterstützt. Sollte sich dieses Projekt nachhaltig gut entwickeln, so sollten wir grundsätzlich für die gesamte Innenstadt ein Projekt „Mehr Grün - mehr Lebensqualität" für die Innenstadt auflegen. Wir erwarten von der Verwaltung, dass sie nach einer Auswertung der Ergebnisse an der Oberen Marktstraße den zuständigen Gremien des Rates der Stadt zum Frühjahr 2014 ein Konzept vorlegt.**

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der CDU-Fraktion und der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

9. **Die Einrichtung des neuen Jugendzentrums im städtischen Gebäude an der Lothringer Straße / Hermann-Albertz-Straße ist eine weitere Chance für die Aufwertung der Innenstadt von Alt-Oberhausen. Insbesondere im Sozialraum Innenstadt bedarf es einer offenen Kinder- und Jugendarbeit. Diese werden wir u.a. an diesem Standort verwirklichen. Die Verwaltung wird aufgefordert, mit den zuständigen Stellen des Landes die Förderfähigkeit des Projektes im Rahmen Soziale Stadt zu prüfen und - wenn notwendig - kurzfristig die Förderanträge zum Stadterneuerungsprogramm 2013 zu überarbeiten. In diesem Zuge sollten auch der Schulhof für die Brüder-Grimm-Schule in die Umgestaltungsplanungen und eine energetische Sanierung des Gebäudes mit einbezogen werden.**

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit Mehrheit folgenden Beschluss:

10. **Die Zentralisierung der Job-Center - einerseits im Arbeitsamt Oberhausen an der Mülheimer Straße und andererseits an der Unteren Marktstraße voraussichtlich für das Job-Center Alt-Oberhausen - wird vom Rat der Stadt unterstützt und wird als ein erster Schritt zur Zusammenfassung weiterer städtischer Institutionen gesehen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Baugenehmigungen für die Job-Center Sterkrade und Osterfeld bis Ende 2015 befristet sind. Die Stadt / die städtischen Tochtergesellschaften sollen die notwendigen Grundstückskäufe vornehmen und das Projekt „Bürogebäude Untere Marktstraße" verwirklichen. Der Rat der Stadt sieht hiermit die einmalige Möglichkeit, die Besucherfrequenz der Innenstadt von Alt-Oberhausen zu stärken, denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Job-Center sind potenzielle Kunden des Einzelhandelsstandorts Marktstraße. Die einhergehende Reaktivierung des „Parkhauses Linsingenstraße" ist hierbei ein „Muss". Konzept und Finanzplanung müssen schnellstmöglich vorgelegt werden.**

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-

Fraktion und Enthaltung der CDU-Fraktion und der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

11. **Da es sich bei dem Gebiet um die Marktstraße um eine sogenannte „Wärmeinsel" handelt, müssen notwendige Grünflächen und Durchlüftungsmöglichkeiten erhalten bzw. geschaffen werden. Dazu gehört auch die Prüfung von Maßnahmen zusätzlicher Entdichtung.**

    Wir versprechen uns insgesamt von den vorgenannten Projekten eine erhebliche Verbesserung des Standortes „Marktstraße". Wie bereits erfolgreich in Sterkrade mit dem Technischen Rathaus realisiert, erwarten wir, dass sich durch öffentliche Investitionen auch private Investoren aktivieren lassen.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

12. **Zur Stabilisierung von Wohnquartieren werden die städtische Tochtergesellschaft OGM, die Sparkasse sowie die Planungs- und Sozialverwaltung zur intensiven Kooperation bei Zwangsversteigerungen von Mietimmobilien aufgefordert. Mit einem frühzeitigen Handeln städtischer Akteure kann einem möglichen Trading-Down-Prozess entgegengewirkt und eine negative städtebauliche Entwicklung vermieden werden.**

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch einstimmig folgenden Beschluss:

13. **Ein Investor hat die Hauptpost erworben und beabsichtigt, diesen Standort zu einem altengerechten Wohnkomplex umzubauen. Wir erwarten von der Verwaltung eine aktive Unterstützung bei der Umsetzung der Planungen des Investors. Dabei muss eine Lösung für die derzeit in der Hauptpost angesiedelte Kreativwirtschaft gefunden werden. Die barrierefreien Gebäude, die ein Projektentwickler am Pacelli-/ Schlingensiefquartier verwirklicht hat, zeigen, dass ein hohes Interesse an altengerechten Wohnungen mit hoher Qualität in der Innenstadt besteht.**

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

14. **Wir erwarten vom Landesbetrieb Liegenschaften und Bauen bis Ende 2013 den Abriss des ehemaligen JVA-Gebäudes bzw. eine alternative Nutzung. Eine mögliche Nachfolgenutzung könnte die Zentralisierung der Finanzämter Nord und Süd an diesem Standort sein. Auch alternative Investitionen zur Nutzung des Gebäudes als Hotelstandort, werden vom Rat**

der Stadt im Hinblick auf positive Auswirkungen für die Innenstadt zu prüfen sein.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

15. Styrumer Pfad

Oberhausen als fahrradfreundliche Stadt ist bestrebt, die vorhandenen regionalen und überregionalen Radwegeverbindungen weiter zu ergänzen. Ein wichtiges Projekt ist hierbei die Realisierung einer regionalen Fuß- und Radwegeverbindung auf der ehemaligen, 1996 stillgelegten Bahntrasse von Mülheim - Styrum nach Duisburg - Meiderich.

Der Rat der Stadt Oberhausen fordert die Verwaltung auf, mit Nachdruck beim RVR die zeitnahe Umsetzung des Projektes einzufordern.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

16. Grünzug A (Weierheide)

Der RVR beabsichtigt, innerhalb eines Grünzuges zwischen den beiden Erholungsräumen Sterkrader Wald und Neues Emschertal eine neue Grünverbindung anzulegen und diese mit einem Fuß- und Radweg zu versehen. Der Rat der Stadt Oberhausen unterstützt die Entwicklung und Sicherung dieses Landschaftsteils (Grünzug Weierheide) und sieht in der Realisierung des Projektes eine positive Wirkung auf die Erholungsnutzung sowie einen wichtigen Beitrag zum Biotopverbund.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und des Stadtv. Paasch mit Mehrheit folgenden Beschluss:

17. John-Lennon-Platz einschließlich Haus der Jugend

Auch nach der Würdigung des Zweitgutachtens der Bürgerinitiative „Wir sind Oberhausen" hat die Obere Denkmalbehörde das Gebäude als nicht denkmalschutzwürdig eingestuft. Der Rat der Stadt fordert die Verwaltung auf, den Abriss des Gebäudes des Hauses der Jugend zu beauftragen.

Gleichzeitig macht der Rat der Stadt deutlich, dass auf der Fläche des John-Lennon-Platzes 2.000 qm als Ausgleichsfläche für die Baumaßnahme Straßburger Straße / Seilerstraße verplant werden und dass darüber hinaus max. 50 % der Gesamtfläche für eine Bebauung, die sich in das Quartier zwingend einbinden muss, zur Verfügung gestellt werden. Gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen aus dem Quartier muss eine adäquate Spiel- und Freizeitfläche als Ausgleich für den im Rahmen des Sportstättenentwicklungskonzepts abgängigen Sportplatz geplant und umgesetzt werden. Dieser Planungsansatz ist für die Entwicklung des Geländes mit potenziellen Investoren zwingend zu berücksichtigen. Die Verwaltung wird aufgefordert, in einem kurzfristig zu beginnenden Prozess mit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort möglichst

einvernehmliche Gestaltungs-perspektiven zu erarbeiten und dem Rat der Stadt vorzulegen. Dabei ist ebenfalls zwingend, den Baumbestand weitestgehend zu erhalten.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

18. P&C-Gebäude

Der Rat der Stadt fordert den Eigentümer des P&C-Gebäudes auf der Marktstraße auf, mit der öffentlichen Hand endlich Gespräche aufzunehmen, um eine Reaktivierung dieses herausragenden Baukomplexes zu ermöglichen.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

19. Ehemaliges Lyzeum

Die Baugenehmigung für die neuen Eigentumswohnungen im ehemaligen Lyzeum in Oberhausen ist von der Verwaltung im Juni erteilt worden. Wir erwarten von dem Eigentümer, dass nunmehr kurzfristig dieses Gebäude umgebaut und der unhaltbare Zustand an diesem Standort beseitigt wird.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch einstimmig folgenden Beschluss:

20. Bero-Gelände

Die Weiterentwicklung des Bero Zentrums zeigt die Zugkraft des Handelsstandortes Oberhausen für die Region. Das Bero Zentrum ist aber auch der direkte Konkurrent zum Handel auf der Marktstraße. Deshalb sind die beschriebenen Aktivitäten für die Innenstadt auch im Kontext mit den Aktivitäten des Bero Zentrums zu verstehen. Des Weiteren fordern wir die Verwaltung auf, zu prüfen, ob eine Verlagerung der Verwaltungsstandorte von der Concordiastraße an einen anderen Standort inhaltlich und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit Mehrheit folgenden Beschluss:

21. Kaiser & Ganz

Die Immobilie Kaiser & Ganz im Zentrum von Sterkrade muss zwingend einer Überplanung zugeführt werden. Da zurzeit nicht über eine Folgenutzung entschieden ist (Insolvenzverfahren), kann es kurzfristig erforderlich sein, dass die Stadt / die städtischen Tochtergesellschaften beauftragt werden könnten, das Gebäude eventuell zu erwerben. Die Initiative der Sterkrader Interessensgemeinschaft, mit Hilfe einer Volks-Aktie Leerstände zu beseitigen, wird ausdrücklich begrüßt und unterstützt.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

22. Für die stark verdichteten und versiegelten Zentren von Alt-Oberhausen, Osterfeld und Sterkrade wird die Verwaltung beauftragt, ein Grünflächenkonzept auf der Grundlage der Konzeption „Parkstadt Oberhausen" weiter zu entwickeln und 2014 vorzulegen.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

23. Finanz-/Wilhelmstraße

Es wird begrüßt, dass Stadt / städtische Tochtergesellschaften gemeinsam mit der Stadtsparkasse Oberhausen erste Planungen zur Entwicklung dieses Wohnquartiers eingeleitet haben. Sollte es eine wirtschaftlich tragfähige Lösung geben, so würden wir begrüßen, dass die Bibliothek Sterkrade in die Räumlichkeiten der ehemaligen Stadtsparkassenfiliale Sterkrade umzieht. Private Investitionstätigkeiten am Standort des Wohn- und Geschäftshauses Finanz- / Wilhelmstraße mit der Zielsetzung, alten-gerechte Wohnungen anlog zum Pacelli- / Schlingensiefquartier in Alt-Oberhausen zu erstellen, wären eine Bereicherung für den Wohnstandort Sterkrade. Hier unterstützen wir die Aktivitäten der Verwaltung der Stadt Oberhausen.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

24. „Lärmschutz ist Gesundheitsschutz"

Gewerbegebiet Waldteich / Weierheide

Alle Aktivitäten zur gewerblichen Nutzung der Flächen östlich der Autobahn im Gebiet Waldteich / Weierheide können nur verwirklicht werden, wenn ein effektiver Lärmschutz für die Bevölkerung im Norden Oberhausens vorhanden ist. Für den Rat der Stadt Oberhausen steht fest, dass ein zusätzlicher Schwerlastverkehr nicht zu weiteren Belastungen der dort ansässigen Bürgerinnen und Bürger führen darf. Eine Andienung dieses Gewerbegebietes über einen Autobahnanschluss muss daher weiterhin unsere Forderung gegenüber Bund und Land sein. Die Prüfung einer Reaktivierung des Güterschienenverkehrs darf dabei nicht außer Acht gelassen werden.

Darüber hinaus streben wir die Reservierung eines Teils der Fläche im Umfang von ca. 50.000 bis 80.000 qm für einen neuen „Grünen Gewerbegürtel" an. Das herausragende Beispiel der Entwicklung des Gebietes „Erlengrund" ist dabei für uns beispielhaft. Wir erwarten von der Verwaltung und der Wirtschaftsförderung, mit allen Beteiligten konkrete Gespräche zu führen und dem Rat der Stadt bis spätestens zum kommenden Frühjahr einen Bericht zum Stand der Verhandlungen vorzulegen.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch mit Mehrheit folgenden Beschluss:

25. **Zeche Sterkrade**
Das Gelände der ehemaligen Zeche Sterkrade sollte nach Planungen in den vergangenen Jahren zu Wohnbauzwecken genutzt werden. Der Rat der Stadt sieht nunmehr keine realistische Möglichkeit, die komplette Fläche für eine reine Wohnbebauung zu entwickeln. Daher beauftragt der Rat der Stadt die Verwaltung, die Planungen für das Gelände der ehemaligen Zeche Sterkrade hin zu einer Mischnutzung aus grünem Gewerbegebiet und wohnbaulicher Nutzung weiter zu entwickeln. Zur Sicherung dieser wichtigen Fläche wird die Verwaltung aufgefordert, mit der RAG über einen Ankauf bzw. eine gemeinsame Projektierung zu verhandeln.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst bei Nichtbeteiligung der FDP-Fraktion und Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss:

26. **Die nun endlich abgeschlossenen Verhandlungen zur Realisierung der Betuwe-Linie sehen umfangreiche Lärmschutzmaßnahmen vor. Die Verwaltung wird beauftragt, bei den Planungen der Lärmschutzwände - insbesondere im Umfeld des Bahnhofs Sterkrade - eine optische Abschottung des Bahngeländes zu verhindern.**
Die DB AG hat die Renaturierung des Alsbachs als Ausgleichsmaßnahme für den Ausbau der Betuwe-Linie eingeplant. Die Verwaltung wird beauftragt, in den Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern darauf hinzuwirken, dass diese Maßnahme umgesetzt werden kann."

23.3. Antrag der LINKE.LISTE Ratsfraktion
Abberufung des Betriebsleiters der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen und Erteilung einer Weisung an den Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der ASO gGmbH
Vorlage: A/15/3015-01

Es wird auf das in der Anlage befindliche Wortprotokoll verwiesen.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - lehnt den Antrag mit Mehrheit, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch ab.

Ende des öffentlichen Teils: 19:15 Uhr

Stadt Oberhausen	**30.09.2013 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
32. Sitzung des Rates der Stadt Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Wehling
Oberbürgermeister

Bach
Schriftführerin